

Protokoll der Mitgliederversammlung der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE
vom 26. bis 27.10.2013 in Erfurt

Samstag, 26.10.13

11:00-13:00 Vernetzungstreffen zur Vorbereitung der Gründung der LAG Grundeinkommen Thüringen (mit kleinem Imbiss)

Gründung einer Planungsgruppe LAG Grundeinkommen, verantwortlich Kai Heckrodt und Thomas Elstner

NACH PAUSE BEGINN DER EIGENTLICHEN MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1 14:30-14:45 Begrüßung, Formalia, Vorstellungsrunde

- Wahl der Tagungsleitung: *Katharina Messinger (einstimmig)*
- Vorstellungsrunde
- Beschluss der Tagesordnung (*einstimmig*)
- Wahl der Antragskommission – verschoben, da aktuell kein Bedarf
- Beschluss des Antragsschlusses: *für Änderungsanträge an die Konzepte Samstag 18.15 Uhr, für weitere Anträge Sonntag 13 Uhr*
- Wahl der Mandatsprüfungskommission: *Ralf Peter Engelke (nicht für Delegiertenwahl) und Stefan Wolf (einstimmig)*
- Wahl der Wahlkommission: *Olaf Michael Ostertag, Rainald Last, Brigitte Ostertag, Edith Preiss (nicht für Delegiertenwahl) und Johanna Voß (nicht für Wahl zum SprecherInnenrat) (einstimmig)*

TOP 2 14:45-15:45 Vorstellung der überarbeiteten Neufassung des BGE-Konzeptes der BAG Grundeinkommen als Sozialdividende und NES

Vorstellung der beiden Konzeptvarianten durch Stefan Wolf auf Grundlage der den Mitgliedern mit der Einladung zugegangenen schriftlichen Ausarbeitung

TOP 3 15:45-18.15 Aussprache und Diskussion zur Neufassung des BGE-Konzeptes der BAG Grundeinkommen als Sozialdividende und NES (TEIL 1)

Diskussion:

(1) Verständnisfragen

(2) Diskussion der einzelnen Kapitel

- Definition Volkseinkommen
- Definition kumulierbar

Kapitel 1

- Einfügen: geschlechtergerechte (Umverteilung von Erwerbsarbeit) mit Erläuterung des linken Begriffs „geschlechtergerecht“ in einer Fußnote (Formulierung Ferdinand)
- Doppelung Erstwohnsitzanspruch redaktionell entfernen
- Redaktionelle Änderung „ausgemerzt“
- Erläuterung „Dekommodifikation“ in einer Fußnote bereits auf Seite 1
- Ergänzung Fußnote 3 Teilhabesicherungsgesetz: Antragsnummer und Verweis Wahlprogramm einfügen

Kapitel 2

- Klarstellung Formulierung (Kosten 985 Milliarden vs. 70,2 Millionen BEZIEHER von Erwachsenengrundeinkommen)
- Steuerfreibetrag bei Immobilien – Klarstellung gilt nur für Privatpersonen, Frage nach Grundsteuerreform???
- Zahlen der BGE Bezieher als circa-Zahlen runden
- Redaktionelle Änderung: 2. Dezimalstelle streichen, wenn 0
- NES: Statistik Seite 3- Fußnote Erläuterung Erwerbslosenstatistik mit Quelle
- Änderung: Kindergeld (inklusive Steuer**freibeträge**) mit Präzisierung
- Präzisierung: Folge von Umlage der Immobiliensteuer auf Mietpreise? Problematik Genossenschaften/ private Vermietung von Eigentum/ Mietdeckung
- Steuerfreibetrag 75.000€ regional zu niedrig angesetzt
- Problematik Wertfestlegung Immobilien für Steuerfreibeträge
- → **Hinweis auf mit Grund- und Immobiliensteuer verbundene finanzielle und strukturelle Probleme, die gesellschaftlich und im BGE-Konzept noch nicht gelöst sind → als Präambel des Kapitels** (drei Enthaltungen)
- NES S. 3 Schätzung nach Einkommensstruktur SOEP – Jahreszahl ergänzen
- S. 4 Überschuss 2-12 korrigieren
- Erläuterung Primärenergiesteuer – Auswirkungen für normalen Haushalt

Kapitel 3

- Abwägung drei Steuersätze gegen progressive Steuer – redaktionelle Begründung der Festlegung der Steuersätze z.B. durch Grafik

Kapitel 4

- *redaktionell*

Kapitel 5

- *redaktionell*

Kapitel 6

- *redaktionell*

Kapitel 7

- *Absatz Veränderungen öffentlicher Haushalt NES streichen*

Kapitel 8

- *redaktionell*

Kapitel 9

- *Umgang mit Behindertenwerkstätten (Übernahme Wahlprogramm ohne Quote + Arbeitsplätze für Behinderte müssen vom Staat besonders gefördert werden), Kirchenangestellte → „Ausnahmeregelungen für Tendenzbetriebe (z.B. Kirchen, politische Parteien etc.) müssen überprüft werden“, Grundeinkommen für Strafgefangene → „Jede Art von Zwangsarbeit ist abzuschaffen, auch bei Strafgefangenen.“, Leiharbeit aus Wahlprogramm übernehmen Seite 12*

Kapitel 10

- *redaktionell*

Kapitel 11

- *Ergänzung Zusammenführung der lebensphasenspezifischen Schritte zu Grundeinkommen für alle, redaktionell Schüler und Studierende einschließlich Auszubildender in nichtvergüteter Ausbildung ab 16*

Verfahrensweise: Redaktionsgruppe legt SprecherInnenrat bis spätestens 30.11.2013 fertige Version inklusive einer noch zu verfassenden Präambel zum Umlaufbeschluss vor, Einstellung des fertig bearbeiteten Konzepts bis spätestens 24.12.2013 auf der Homepage

Mitglieder der Redaktionsgruppe: Edith Preiss, Ronald Blaschke, Ralf-Peter Engelke, Stefan Wolf, Brigitte Ostertag, Ringo Jünigk

PAUSE

TOP 4 18:30-20:00 Beschlussfassung zur Neufassung des BGE-Konzeptes der BAG Grundeinkommen als Sozialdividende und NES inklusive Behandlung von Änderungsanträgen

Änderungsanträge von Ulrich Neef (schriftlich dem SprecherInnenrat mit Datum 02.10.2013 zugegangen, bei der MV als Tischvorlage)

- (1) Umbenennung der BAG Grundeinkommen – bei zwei Enthaltungen **einstimmig abgelehnt** (aus formalen Gründen und vorangegangener Diskussion auf vorhergehenden MVs)
- (2) Erläuterung der Begriffe „emanzipatorisch“ im Konzept – **Teilübernahme** als Erklärung in der Präambel des Konzeptes mit Verweis auf Kapitel 10 Konzept mit Fußnote zur Festlegung Wirkungsweise emanzipatorisches GE (**einstimmig**)
- (3) Streichung des Satzes „Wir wissen: Das BGE ist kein Allheilmittel.“ und Ersetzung – nach intensiver inhaltlicher Diskussion **einstimmig abgelehnt**, persönliche Erklärung von Olaf Michael Ostertag zur Geschichte des zu streichenden Satzes
- (4) Streichung des bisherigen Kapitels 5 und Ersetzung – nach intensiver inhaltlicher Diskussion bei einer Enthaltung **einstimmig abgelehnt**
- (5) Erstellen einer 3. Konzeptvariante – MV **begrüßt Vorschlag** und bittet Ulrich Neef, dem SprecherInnenrat bis 6 Wochen vor der nächsten MV 2014 ein schriftliches Eckpunktepapier inklusive Finanzierungseckdaten auf maximal 2 DinA4 Seiten vorzulegen
- (6) Appell an SPD und Grüne zu rot-rot-grüner Koalition – bei fünf Enthaltungen **nicht verabschiedet**

Beschluss: Konzept Sozialdividende einstimmig angenommen

Beschluss: Konzept negative Einkommenssteuer bei zwei Enthaltungen angenommen

Beschluss Vorlage Präambel durch Redaktionsgruppe einstimmig

Sonntag, 27.10.13

TOP 5 10:00-11:00 Wahl der Bundesparteitagsdelegierten der BAG Grundeinkommen

Beschluss der Mitgliederversammlung: Durchführung der Wahlen mit den in der Wahlordnung der Partei DIE LINKE. vorgesehenen Quoren. (**einstimmig**)

Anwesende BAG Mitglieder: 14, davon Parteimitglieder: 13

Liste zur Sicherung der Mindestquotierung:

- Edith Preiss **13 Ja- Stimmen**
- Gabriele Schmidt **13 Ja- Stimmen**

Gemischte Liste:

- Ralf Peter Engelke **13 Ja- Stimmen**

Ersatzdelegierte (ein Wahlgang) – Beschluss der MV: Wahl von vier Ersatzdelegierten

- Ringo Jünigk **12 Ja- Stimmen** (*schriftliche Kandidaturerklärung liegt vor*)
- Brigitte Ostertag **12 Ja- Stimmen**
- Johanna Voß **12 Ja- Stimmen**
- Ulrich Wiehagen **12 Ja- Stimmen**

TOP 6 11:00-11:30 Nachwahl von Mitgliedern des SprecherInnenrates der BAG Grundeinkommen

Wahl der Bundeskoordinatorin/ des Bundeskoordinators (nur gemischte Liste)

- Johanna Voß **12 Ja- Stimmen**

Wahl von zwei BeisitzerInnen (nur gemischte Liste)

- Manfred Jannikoy **11 Ja- Stimmen**
- Ringo Jünigk **12 Ja- Stimmen**

TOP 7 11:30-12:00 Nominierung der KandidatInnen der BAG Grundeinkommen für die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Zusammenschlüsse im Bundesausschuss und Nominierung eines Vertreters für die Antragskommission (offene Abstimmung)

KandidatInnen für den Bundesausschuss

- Johanna Voß
- Olaf Michael Ostertag

Nominierung Kommissionen für Bundesparteitage

- Antragskommission: Olaf Michael Ostertag
- Tagungspräsidium: Ralf-Peter Engelke

TOP 8 12:00-12:30 Planung des internationalen Treffens emanzipatorischer BGE Befürwortender 2014

- Stand eigentliche Planung
- Alternative Gäste BPT 9.011.5.: KPÖ, David Cassassas, Baptiste Mylondo (Rücksprache mit BGF durch Olaf Michael Ostertag, Einladung durch Stefan Wolf)
- v.a. Film: Olaf Michael Ostertag, Holger Mandel, Katharina Messinger (Gabriele Schmidt nimmt Kontakt mit Min Geum auf)
Vorlage bis 15.3.
- evtl. mit LAG Berlin am Vorabend des BPT öffentliche Veranstaltung mit Gästen organisieren
- SprecherInnenrat hat freie Wahl bei Entscheidungen, wenn Gästeliste revidiert werden muss

MITTAGSPAUSE

TOP 9 13:30-14:00 Europawahl und EBI

- Vorbereitung Europaparteitag (Delegiertenversammlung)
- Diskussion und Stand EBI: Bitte an Gabi Zimmer, in ihrer Rede auf dem Europaparteitag Bezug zur EBI zu nehmen. (v.a. Kai Heckrodt)
- Anträge für Europawahlprogramm: Mindestlohn aufnehmen, für Deutschland Mindestsicherung 1050€, europäisches Grundeinkommen → mindestens Prüfaufträge unterstützen, besser: Grundeinkommen. Die MV ermächtigt den SprecherInnenrat, entsprechend der Beschlusslage der BAG GE auf den Entwurf des Europawahlprogramms zu reagieren.

TOP 10 14:00-14:30 Infomaterialien der BAG, Finanzplanung 2014

- Finanzplan: auf Grund der Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2013 ergeben sich Kürzungen bei den Zuwendungen an die Zusammenschlüsse. Der Finanzplan 2014 für die Zusammenschlüsse liegt zum Zeitpunkt der MV noch nicht vor. Die konkretisierte Finanzplanung kann erst nach Vorlage der angeforderten Kostenvoranschläge für den Druck von Flyern und Broschüren vom SprecherInnenrat erstellt werden.

- Der Bundesschatzmeister der BAG wird gebeten, so viele Druckerzeugnisse (Broschüre und Flyer) wie möglich noch in 2013 über das Budget für Druckerzeugnisse des Parteivorstandes zu finanzieren. Für 2014 soll ein Antrag auf Druck einer Postkarte und des Infoflyers für Neumitglieder beim Parteivorstand gestellt werden.
- Der Bundesschatzmeister wird beauftragt, beim Parteivorstand einen Antrag auf Finanzierung der Kampagne „Grundrecht Grundeinkommen“ in Höhe von 10.000€ aus dem Aktionstopf des Parteivorstandes zu stellen.

TOP 11 14:30-15-00 Aufgabenkontrolle, Aufgabenplanung und Sonstiges

- Protokollkontrolle:
Im Protokoll der Mitgliederversammlung vom April 2013 fehlte bei der Wahl der Bundesschiedskommission die Wahl von Ulrich Wiehagen. Diese Angabe wird ergänzt und das geänderte Protokoll auf der Homepage eingestellt.
- Die nächste Mitgliederversammlung soll im dritten Quartal 2014 stattfinden. Aus Kostengründen wird für 2014 nur eine Mitgliederversammlung geplant. Der genaue Termin und Ort sind noch vom SprecherInnenrat festzulegen.
- Diskussion zu kostenlosen Kampagnenmöglichkeiten: mit Kirchengemeinden kooperieren, Plakataktionen, ... Um weitere Anregungen wird gebeten. Bitte per Mail an den SprecherInnenrat.

f.d.R.d.P. Katharina Messinger